

N i e d e r s c h r i f t

über die gemeinsame - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

(60. Sitzung, erster Teil)¹

und seines Unterausschusses „Verbraucherschutz“ (31. Sitzung)

am 17. September 2025

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

- a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7910](#) neu

- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**

Unterrichtung - [Drs. 19/8151](#)

Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026

Einzelplan 09 - Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Einzelplan 20 - Hochbauten

Vorstellung durch die Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ... 4

Mitberatung 13

Unterrichtung über das Auslaufen des Bundesprogramms für den Umbau der Tierhaltung 5

Aussprache zur Unterrichtung über das Auslaufen des Bundesprogramms für den .. Umbau der Tierhaltung 6

¹ Über den zweiten Teil der Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wird eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend:

Mitglieder des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

1. Abg. Jörn Domeier (SPD), stellv. Vorsitzender
2. Abg. Karin Logemann (SPD)
3. Abg. Sebastian Penno (SPD)
4. Abg. Gerd Hujahn (i. V. d. Abg. Alexander Saade) (SPD)
5. Abg. Christoph Willeke (SPD)
6. Abg. Heike Koehler (i. V. d. Abg. Uwe Dorendorf) (CDU)
7. Abg. Katharina Jensen (CDU)
8. Abg. Dr. Marco Mohrmann (CDU)
9. Abg. Hartmut Moorkamp (CDU)
10. Abg. Pascal Leddin (GRÜNE)
11. Abg. Alfred Dannenberg (AfD)

Mitglieder des Unterausschusses „Verbraucherschutz“:

1. Abg. Thore Güldner (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Stefan Klein (SPD)
3. Abg. Oliver Lottke (SPD)
4. Abg. Karola Margraf (SPD)
5. Abg. Andrea Prell (SPD)
6. Abg. Veronika Bode (CDU)
7. Abg. Birgit Butter (CDU)
8. Abg. Katharina Jensen (CDU)
9. Abg. Verena Kämmerling (CDU)
10. Abg. Dirk Toepffer (CDU)
11. Abg. Christian Schroeder (GRÜNE)
12. Abg. Holger Kühnlenz (AfD)

Von der Landesregierung:

Ministerin Staudte (ML).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Biela,
Beschäftigte Kahlert-Kirstein.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 13:33 Uhr bis 15:39 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Billigung von Niederschriften

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** billigt die Niederschrift über seine 59. Sitzung.

Der **Unterausschuss „Verbraucherschutz“** billigt die Niederschrift über seine 30. Sitzung.

Tagesordnung:

a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026 -)**

Gesetzesentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7910](#) neu

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**

Unterrichtung - [Drs. 19/8151](#)

Zu a) erste Beratung: 70. Plenarsitzung am 10.09.2025

federführend: AfHuF;

mitberatend: ständige Ausschüsse

Zu b) gemäß § 62 Abs. 1 GO LT überwiesen am 27.08.2025

federführend: AfHuF;

mitberatend: ständige Ausschüsse und Unterausschüsse

Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026

Einzelplan 09 - Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Einzelplan 20 - Hochbauten

Vorstellung

Ministerin **Staudte** (ML): Ich freue mich, dass ich hier jetzt zum dritten Mal den Entwurf des Haushaltsplanentwurfs für das kommende Haushaltsjahr vorstellen darf. Mich begleiten Frau Heepe-Horstmann, unsere Beauftragte für den Haushalt, die Sie schon aus den Beratungen des vergangenen Jahres kennen, sowie eine ganze Reihe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums, die es sich nicht haben nehmen lassen, heute an dieser Sitzung teilzunehmen, damit Ihre Fragen beantwortet werden können.

Ihnen ist auch in diesem Jahr wieder eine Informationsbroschüre mit Daten und Informationen für die parlamentarische Beratung des Haushaltsplanentwurfs zugegangen, die das ML traditionell erstellt. Sie ist Ihnen zwar nicht mehr in gedruckter Fassung zugeleitet worden, aber digital versendet worden. Sie gibt einen guten Überblick über die Schwerpunkte. Herzlichen Dank insbesondere an Frau Heepe-Horstmann und ihr Team, die das aufbereitet haben.

Unterrichtung über das Auslaufen des Bundesprogramms für den Umbau der Tierhaltung

Bevor ich in die Vorstellung des Einzelplans für das Haushaltsjahr 2026 einsteige, möchte ich, weil dies auch mit dem Thema Finanzen und Haushalt zu tun hat, etwas zu der Nachricht sagen, die sicherlich uns alle während des letzten Plenums überraschend erreicht hat, nämlich zum Aus für das Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung für den Bereich der Schweinehaltung, BUT. Ich habe neulich schon gesagt, dass das für Niedersachsen wirklich ein herber Schlag ist, weil Niedersachsen das Land ist, das diese Förderung am stärksten nachgefragt hat. Niedersachsen ist das Tierhaltungsland Nummer eins, und im Bereich der Schweinehaltung haben wir den größten Bedarf.

Ich möchte einige Eckpunkte nennen, weil bislang ja vor allem Zeitungsberichte kursieren. Bei dem Programm muss man zwischen investiver und konsumtiver Förderung differenzieren. Die letzte Antragstellung für tierhaltende Betriebe im Bereich Schweinehaltung wird am 30. April 2026 möglich sein. Dann kann noch bis Ende des Jahres bewilligt werden. Danach folgt noch ein maximal zweijähriger Zeitraum für die Auszahlung für den investiven Bereich. Was den konsumtiven Bereich betrifft, haben 108 Betriebe Mittel beantragt. Das Problem ist, dass man eine Anerkennung für die Förderung braucht. Diese Anerkennung kann zum letzten Mal Ende dieses Jahres, zum 31. Dezember, erfolgen. Das heißt, wenn Betriebe im nächsten Frühjahr noch Investitionshilfe beantragen, werden sie nicht mehr in den Genuss dieser Mehrkostenförderung kommen.

Der Bundesminister hat eine Übernahme in die GAK angekündigt. Ich habe dazu noch nichts Konkretes gehört. Vermutlich werden Mittel für 2029 eingestellt werden. Nach den mir vorliegenden Informationen ist in den Haushaltsentwurf des Bundes für 2026 und die Folgejahre noch kein Geld eingestellt.

Definitiv wird sich eine Beantragungslücke ergeben, weil alle Betriebe, die zum Beispiel ab Mai des kommenden Jahres Anträge auf Förderung des Umbaus stellen wollten, erst einmal nicht wissen, was Phase ist und an wen sie sich jetzt wenden sollen.

Wir waren nicht in diese Planungen involviert, und wir waren auch nicht informiert, was natürlich sehr ärgerlich ist. Wir können jetzt nicht sofort etwas aus dem Ärmel schütteln, um landesseitig einzuspringen.

Weil es sich hierbei um eine wesentliche Entscheidung handelt und das Thema Umbau der Tierhaltung und Zukunft der Tierhaltung uns alle bewegt, wollte ich das hier so zur Kenntnis geben. Vielleicht können wir auf der Basis der Informationen, die wir jetzt haben, eine schriftliche Unterrichtung formulieren, sodass Sie dann über die entsprechenden Zahlen verfügen. Denn ich gehe davon aus, dass Sie mit Ihren Kollegen und Kolleginnen im Bund vielleicht noch über das eine oder andere Thema sprechen werden.

Klar ist, dass wir bei der AFP-Förderung des Landes ganz andere Fördersätze haben. Die Fördersätze des Bundes betrugen 60 %, und das werden wir nicht sozusagen eins zu eins ausgleichen können; ganz abgesehen davon, dass wir das Geld dafür jetzt nicht hätten.

Es geht um eine wirklich sehr missliche Entscheidung. Über die Gründe mag man politisch entscheiden oder urteilen. Ich habe meine Interpretation neulich schon in einem Pressestatement kundgetan. Das ist für Niedersachsen als Tierhaltungsland wirklich ein Problem.

Aussprache zur Unterrichtung über das Auslaufen des Bundesprogramms für den Umbau der Tierhaltung

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU): Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Aus den Verlautbarungen des Bundesministeriums ist hervorgegangen, dass die GAK-Mittel von 150 Millionen Euro in diesem Jahr auf 200 Millionen Euro und 2026 auf 278 Millionen Euro erhöht werden. Inwieweit findet das in Ihren Planungen Berücksichtigung? Etwas konkreter nachgefragt: Ist das für Sie Anlass, nach dem seinerzeitigen Ausstieg des Landes Niedersachsen - Stichwort: konsumtive Förderung - wieder in den Bereich der - ich nenne das jetzt mal so - Ringelschwanzprämie einzusteigen und sich insbesondere auf den Weg zu machen, die AFP-Bedingungen so zu gestalten, dass schweinehaltende Betriebe auch in Niedersachsen in die Lage versetzt werden, an entsprechendes Geld zu kommen? Wir wissen, dass beispielsweise im Land Bayern über die AFP-Förderung sehr wohl eine ganze Menge Geld im Bereich der Schweinehaltung ausgekehrt wird.

Ministerin **Staudte** (ML): Nach meinem Kenntnisstand geht es nicht um eine Erhöhung der GAK-Mittel, sondern quasi um den Topf für das Umbauprogramm. Für mehrere Jahre waren eine Milliarde Euro vorgesehen. Die Jahreskalkulationen wurden sozusagen erst einmal heruntergesetzt, und über die Fraktionen wurde dann verlautbart, dass man 50 Millionen Euro obendrauf satteln möchte, sodass man dann bei 200 Millionen Euro landet. Ich meine aber, dass das unter dem Strich trotzdem weniger ist als in den Vorjahren. Es geht nicht um den Ansatz für die GAK. Wir haben im Zusammenhang mit der GAK eigentlich immer ein bisschen Last, weil die Haushaltsberatungen auf Bundesebene und Landesebene parallel laufen. In diesem Jahr ergibt sich durch die Verzögerung beim Bund ohnehin noch einmal eine ganz andere Nummer. Wir wissen deshalb immer erst recht spät, wie viel wir bei der 60/40-Finanzierung - 40 % entfallen auf das Land - gegenfinanzieren müssen. Nach meinem Kenntnisstand ist aktuell keine Erhöhung der GAK-Mittel angedacht.

Danach wird man schauen müssen, welche Instrumente zur Verfügung stehen. Wir wollen nicht, dass der Umbau der Schweinehaltung zum Erliegen kommt. Die Sauenhalter, die weitermachen wollen, sind bis 2029 gefordert umzubauen. Dabei geht es durchaus um erhebliche Summen. Unter dem Strich wird es nur sehr schwer möglich sein, das, was uns wegbreicht, zu kompensieren. Wir werden versuchen, das Bestmögliche herauszuholen. Aber dafür müssen wir auch die Rahmenbedingungen für die künftigen GAK-Mittel und vielleicht Sonderprogramme etc. kennen.

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU): Sie haben darauf hingewiesen, dass im Bereich der konsumtiven Förderung in Niedersachsen 108 Anträge gelaufen sind. Wie viel sind es denn im Bereich der Investitionsförderung?

Ministerin **Staudte** (ML): 78. Man muss immer danach differenzieren, was beantragt und was bewilligt worden ist. Aber Niedersachsen lag definitiv ganz vorne. Wenn man das ganz grob vergleicht, sind wir auf Zahlen gekommen wie Bayern und Baden-Württemberg zusammen. Meine Interpretation ist, dass die GAK für die reichen Südländer attraktiver ist. Sie stellen nicht nur die Landesmittel zur Kofinanzierung bereit, sondern können auch noch darüber hinaus Mittel bereitstellen, sodass immer, auch wenn irgendwo mal ein Projektantrag kurzfristig zurückgezogen wird, 100 % der GAK Mittel abfließen können. Das ist für uns immer sehr schwierig gewesen. Wir wollen uns jetzt mit Haushaltsresten - das ist mit dem Finanzministerium so abgesprochen -, sozusagen einen Puffer schaffen, sodass wir mehr bewilligen können. Aber dabei geht es dann um GAK-Projekte generell.

Die dargestellte Entscheidung ist sehr misslich und für Niedersachsen und vor allem für die tierhaltenden Betriebe ein richtiger Tritt gegen das Schienbein. Sie trägt wirklich zur Verunsicherung bei, wobei wir aber Planungssicherheit brauchen, gerade was Mehrkosten angeht. Ich kann mir zum Beispiel nicht vorstellen, dass im nächsten Jahr Umbaumittel beantragt werden, wenn nicht geklärt ist, dass diese Betriebe die Mehrkosten erstattet bekommen.

Abg. **Karin Logemann** (SPD): In der Tat reißt diese Entscheidung eine Lücke in die Förderkulissee. Dazu gibt es gar keine unterschiedlichen Meinungen. Niedersachsen ist Tierhaltungsland Nummer eins. Wir sehen an den Zahlen, die schon genannt wurden, dass es dementsprechend viele Anträge in Niedersachsen gab und jetzt viele Menschen vor einer Situation stehen, die sie sich ein bisschen anders vorgestellt haben. Nichtsdestotrotz ist eine Umwidmung in GAK-Mittel ja nicht nichts. Wir müssen in Niedersachsen einmal mehr Sorge dafür tragen - im letzten Haushalt war das gelungen -, dass wir die GAK-Mittel gegenfinanzieren können, was für uns immer wieder - bei jeden Haushaltsberatungen wieder - eine riesige Kraftanstrengung darstellt. Ich sehe im Moment keine andere Möglichkeit, als das so zu platzieren, dass wir das in der einen oder anderen Art und Weise auffangen können.

Angekündigt ist das Aus. Das heißt, wir wissen darum, und nun müssen wir schauen, wie wir das mit der GAK klug hinbekommen. Der Hinweis auf die Ringelschwanzprämie war richtig. Die Förderung, die wir eigentlich unbedingt unterstützen wollten, war im Bund ausgelaufen. Wir mussten feststellen, wie schwer es ist, die Dinge übereinanderzubringen. Von daher: keine unterschiedlichen Meinungen. Das wird uns und vor allen Dingen unseren tierhaltenden Betrieben, die umbauinteressiert waren, wehtun. Jetzt müssen wir gucken, wie wir klug damit umgehen, damit wir nach Möglichkeit viel von den GAK-Mitteln abgreifen können, um weiter beim Umbau unterstützen und helfen zu können.

Ministerin **Staudte** (ML): Wir haben in unseren Planungen vorgesehen, das entsprechende Volumen an Landesmitteln für die GAK einzustellen, um wirklich das Maximale abrufen zu können. Demnächst findet wieder eine Agrarministerkonferenz statt, auf der ich nochmal um einen Bericht des Bundes bitten werde, wie er sich die Zukunft vorstellt. Bislang wissen wir, was ab wann nicht mehr geht. Aber eine Konkretisierung für alles Weitere liegt noch nicht vor.

*

Vorstellung des Entwurfs des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026

Ministerin **Staudte** (ML): Die letzten drei Haushaltsentwürfe, die ich eingebracht habe, sind davon geprägt gewesen, dass wir versucht haben, große Baustellen abzuräumen, die zum Teil schon über mehrere Jahre bestanden haben bzw. für die immer wieder nur kurzfristig Mittel für ein Jahr bereitgestellt werden konnten. Als Beispiele möchte ich nennen das Schulobstprogramm, „Transparenz schaffen“, die dauerhafte Förderung der Verbraucherzentrale, die Aufstockung der GAK-Mittel, um wirklich das Maximale vom Bund einwerben zu können.

In dem kommenden Haushalt geht es um das Thema Veterinärämter, bei dem seit zehn oder zwölf Jahren immer wieder ein Disput mit den kommunalen Spitzenverbänden entbrannte, weil sich die Kommunen unterfinanziert fühlten. Entsprechende Mittel sollen dieses Mal verankert werden - darauf werde ich noch näher eingehen; der Boykott ist beendet -, aber so etwas bedeutet natürlich immer auch eine Kraftanstrengung.

Baustellen wurden abgeräumt, und auch ansonsten ist unser Leitsatz: „Sicher in Zeiten des Wandels“. Planungssicherheit zu bieten und auch Innovationen zu unterstützen, ist weiter unsere Richtschnur. Die allgemeinen Rahmenbedingungen mit Klimakrise in der Landwirtschaft, dem schlechten Zustand unserer Wälder oder einem wachsenden wirtschaftlichen Ungleichgewicht sind Herausforderungen, die nicht nur ein „Weiter so“ erfordern, sondern auch erfordern, zu überlegen, wie wir Antworten auf diese multiplen Krisen bieten können. Es geht um Verlässlichkeit und Stabilität, aber auch um den sparsamen Einsatz von Steuergeldern. Ich halte es für wichtig, dass wir die Haushaltsansätze so formulieren, dass wir möglichst Punktlandungen hinbekommen. Von daher haben wir die Ansätze bei dem einen oder anderen Haushaltsposten für das kommende Jahr etwas angepasst. Zunächst einmal sieht dies wie eine Kürzung aus, aber angesichts der Istwerte ist das durchaus gerechtfertigt.

Ich glaube, dass wir ein klares Zeichen für einen maßvollen und planvollen Haushaltsansatz gesetzt haben, der aber trotzdem Zukunftsmöglichkeiten bietet.

Nun zu den wichtigsten Eckpunkten im Einzelplan 09. Im Einzelplan 09 sind Gesamtausgaben von 585,3 Millionen Euro veranschlagt. Das sind 1,2 % des Landeshaushalts. Letztes Jahr waren es 1,3 %. In absoluten Zahlen ergibt sich trotzdem eine Steigerung. Gegenüber 2025 sind es 5 % mehr. Ich komme nachher noch dazu, wie es sich erklärt, dass der Anteil am Gesamthaushalt minimal gesunken ist, wir aber trotzdem mehr Geld bekommen.

Die Landesregierung hat in ihrer Haushaltsklausur das größte Investitions- und Kommunalstärkungspaket der Geschichte des Landes beschlossen. Niedersachsen wird voraussichtlich - eigentlich kann man das Wort „voraussichtlich“ streichen - Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes bekommen. Die Länder und der Bund haben sich, wie Sie wissen, auf das Sondervermögen verständigt und befinden sich in einem engen Austausch. Diese neuen finanziellen Spielräume wollen wir auch für unser Ressort nutzen. Dazu werde ich später noch genauer ausführen.

Die 40 Millionen Euro für die Arbeit der kommunalen Veterinärbehörden habe ich schon erwähnt. Sage und schreibe 320 Millionen Euro aus dem Sondervermögen des Bundes sind für die Infrastruktur im ländlichen Raum, für landwirtschaftliches Wassermanagement und für Investitionen in Tierheime vorgesehen. Diese Mittel aus dem Sondervermögen - des ML hat anteilig sozusagen einiges bekommen - sind aber nicht im Einzelplan 09 verankert. Ansonsten wäre der Aufwuchs sehr viel deutlicher gewesen. Das relativiert die Verringerung des ML-Anteils am Gesamthaushalt.

Ich möchte an dieser Stelle gern auch auf die EU-Mittel für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum hinweisen, die unsere Zahlstelle mit ihren vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auszahlt. Auch diese Mittel sind nicht im Ausgabevolumen dieses Einzelplans berücksichtigt. Im letzten Jahr waren es 922 Millionen Euro. Wenn man das im Vergleich zu dem Volumen unseres Haushalts von 585 Millionen Euro sieht, kriegt man ein Gespür dafür, warum es auf dem Papier so wirkt, als hätten wir sehr wenige Mittel zur Verfügung. Im Grunde haben wir es quasi mit einer versteckten Milliarde zu tun, die mit unglaublich viel Arbeit verbunden ist. Anträge müssen geprüft und bewilligt werden, und die Mittel müssen ausgezahlt werden. Hier ist ganz schön was zu leisten.

Ich will nicht verschweigen, dass wir mit unserem Haushaltsplanentwurf auch einen Konsolidierungsbeitrag leisten mussten. Alle Ministerien waren gefordert. Es wurde geschaut, wo welche

Reste vorhanden waren, und dann wurde anteilig vorgegeben, wie viel einzusparen ist. Für 2026 waren 4,1 Millionen Euro einzusparen. Knapp 2 Millionen Euro davon werden wir über zusätzliche Einnahmen abdecken. Hierbei geht es um wirklich realistische Einnahmeerwartungen. Ich glaube, dass wir sozusagen sowohl dem Willen einzusparen als auch den großen Investitionsanforderungen gerecht werden.

Wenn man Klimavorsorge für eine starke Landwirtschaft betrachtet, dann kann man sagen, dass wir den Transformationspfad weitergehen wollen - für die heimische Landwirtschaft, für die Erzeugung von Lebensmitteln auf klimaresilienten Betrieben und im Einklang mit der Natur. Im besten Fall führt das dazu, dass unsere Landwirtschaft wettbewerbsfähig ist.

Das bedeutet konkret, dass wir das Sondervermögen des Bundes mit 100 Millionen Euro für das Thema Wassermanagement nutzen wollen. In der Vergangenheit war das immer wieder ein großes Thema. Insbesondere die Beregnungsregionen haben sich gemeldet und um Unterstützung gebeten. Die Prognosen zum Beregnungsbedarf zeigen deutlich, dass hier Mittel bereitgestellt werden müssen. Aber es geht nicht nur darum, so weiterzumachen wie bisher und mehr zu beregnen, sondern es geht auch um insgesamt sparsamen und nachhaltigen Umgang mit Wasser. Wir haben viele gute Projekte. Wir hatten zum Beispiel im letzten Jahr eine gesteuerte Drainage gefördert, die ich mir im Landkreis Uelzen angeschaut habe, mit der mehr Wasser auf den Schlägen zurückgehalten werden kann.

Mit diesem Gesamtkomplex werden wir uns sehr viel intensiver beschäftigen müssen. Der Ausschuss hat das ja auch schon getan und Beschlüsse dazu gefasst. Jetzt haben wir mit einem Betrag von 100 Millionen Euro eine Größenordnung erreicht, mit der man wirklich anfangen kann zu planen und - für Speicherbecken etc. wird sehr schnell sehr viel Geld benötigt - nicht falsche Hoffnung weckt.

Die Landwirtinnen und Landwirte sollen unabhängiger vom Wetter wirtschaften können. Wir haben bei den Erntebilanzen der letzten Jahre immer wieder wetter- oder klimabedingte Schwankungen und eine Zunahme von Extremwettern gesehen. Der diesjährige März war der trockenste März seit Beginn der Aufzeichnungen, und dann folgte im Juli Dauerregen, der die Erntearbeiten wirklich erschwert hat. Angesichts dieser erschwerten Bedingungen waren die Erntemengen allerdings doch ganz gut. Aber das bedeutet immer eine sehr große Herausforderung. Möglichkeiten anzubieten, die vielleicht etwas mehr Ruhe für die Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter bringen, ist meines Erachtens letztlich auch eine Investition in die psychische Gesundheit der Menschen, die vielleicht etwas mehr Planungssicherheit bekommen können.

Wassermanagement ist wichtig, und dies gilt auch für Regionen, die bislang keine Sorge wegen Wassermangels hatten. Ich freue mich daher wirklich, dass wir diese Vereinbarung haben.

Als weiteren Baustein, was Klimafolgenanpassung und Klimaschutz angeht, möchte ich auf das Agroforst-Förderprogramm hinweisen, das derzeit schon läuft. Mittel können beantragt werden. Ich möchte Sie, weil Sie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sind, bitten, dieses Förderprogramm mit zu bewerben. Wir haben, was die Fördersätze angeht, drei Stufen. Wenn es zum Beispiel um Nahrungsmittelanbau geht, kann mit bis zu 5 000 Euro pro Hektar gefördert werden. Das ist wirklich ein gutes Programm für mehr Bäume und Sträucher in der Landwirtschaft. Agroforst kann auch mit Tierhaltung kombiniert werden. Wir werden im Jahr 2026 voraussichtlich eine Million Euro zur Verfügung haben. Es handelt sich um ein neues System. Ich glaube, diejenigen, die es schon bei sich etabliert haben, können wirklich Positives über die Auswirkungen

auf Biodiversität, Bodengesundheit und Erosionsschutz berichten. Für viele Betriebe ist es, sowohl was Wassererosion als auch was Winderosion angeht, sehr wichtig, dass wir fördern und zeigen, wie darauf reagiert werden kann.

Aktuell läuft das erste Antragsverfahren im Rahmen der GAK. Ich freue mich wirklich, dass das jetzt kontinuierlich weitergeht.

Nun zum Thema Wald. Eine weitere gute Nachricht ist, dass der Bund in seinem Entwurf für 2026 eine Million Euro für die GAK in Niedersachsen zweckgebunden für den Waldumbau und die Wiederaufforstung bereitstellt.

Wir haben vor, dass diese zusätzlichen Mittel im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens zum Haushalt 2026 im Haushalt veranschlagt werden. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass es durchaus Zeitverzögerungen im Zusammenhang mit den GAK-Aufstockungen gibt, die der Bund manchmal ermöglicht. Damit stehen uns dann 1,7 Millionen Euro zusätzlich für diesen wichtigen Zweck zur Verfügung.

Ziel sind klimastabile Mischwälder und die Bereitstellung des nachhaltigen Rohstoffs Holz. Hier zu unterstützen, ist wirklich wichtig. Wir haben immer wieder Debatten um die vielfältigen Funktionen des Waldes, die erhalten werden müssen. Dabei geht es auch um Erholungsraum für uns Menschen. Ich nehme es so wahr, dass auch gesamtgesellschaftlich große Sorgen bestehen, was die Zukunft des Waldes angeht. In Studien wurde festgestellt: in den Krisenjahren keine Kohlenstoffs Senke, sondern Emittent. Wir hoffen, dass sich die Dinge über einen längeren Zeitraum wieder normalisieren und der Wald dauerhaft seine Senkenfunktion für den Klimaschutz erfüllen kann.

Auf jeden Fall sind die Menschen in unseren Revieren sehr engagiert. Ich habe im Rahmen meiner Sommerreise eine Revierförsterei der Landwirtschaftskammer im Raum Uelzen besucht und dort eine junge sehr engagierte Revierförsterin getroffen. Dort werden 200 private Waldbesitzende mit Blick auf den Waldumbau beraten. Es geht nicht nur darum, dass die Landesforsten klimaangepasst arbeiten, sondern auch darum, die vielen privaten Waldbesitzenden beim Waldumbau zu unterstützen. Dort wurde zum Beispiel ein reiner Fichtenstandort umgebaut und mit Buchen, Lärchen und auch Roteichen bepflanzt. Wir sind durchaus offen, was die Baumvielfalt angeht. Aber das ist sehr personal- und kostenintensiv.

Ich komme damit zum Stichwort Wiederbewaldung des Harzes. Das war auch schon einmal Thema im Plenum des Landtages. Ich freue mich wirklich darüber, dass wir ein finanzielles Polster für die Landesforsten bilden konnten. 105 Millionen Euro haben wir für die Wiederbewaldung des Harzes an finanziellen Rücklagen in verschiedenen Töpfen, auch bei den Landesforsten, gebildet. Hierzu können wir im Vergleich der Bundesländer sagen: Das gibt wirklich Planungssicherheit. Die Überschüsse, die die Landesforsten unfreiwillig erwirtschaftet haben - die Holzpreise waren hoch, und es musste sehr viel Schadholz aus den Wäldern geholt und verkauft werden -, sind nicht einfach beim Finanzminister gelandet, sondern sind weiter für diesen Zweck reserviert. Das ist eine sehr wichtige Botschaft und motiviert, wie ich glaube, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesforsten sehr. Das Geld ist zum Teil im Wirtschaftsförderfonds - ökologischer Bereich - verbucht. Die Mittel aus dem Wirtschaftsförderfonds finden Sie allerdings nicht im Einzelplan 09, sondern im Einzelplan des Umweltministeriums, auch wenn sie vom Landwirtschaftsministerium bewirtschaftet werden. Ein Teil des Wirtschaftsförderfonds steht sozusagen unter der Überschrift ökologischer Wirtschaftsförderfonds, und ein Teilbereich

davon betrifft die Wiederbewaldung des Harzes. Die Zahlen hierzu sind im Einzelplan 15 des MU zu finden.

Die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt, die von Niedersachsen, Hessen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein getragen wird - eine international sehr anerkannte Einrichtung, die sich um 2,7 Millionen Hektar Wald, also um etwa ein Viertel der deutschen Waldfläche, kümmert -, wollen wir weiter unterstützen. Vor allem wollen wir die sehr versierten Expertinnen und Experten zum Thema Klimaschutz und Klimafolgen in ihrer Arbeit unterstützen. Letztendlich müssen neue Strategien entwickelt werden, und auch das Monitoring spielt eine sehr große Rolle.

Deswegen haben wir im Haushalt 2026 vier neue Stellen verankert. Von den Trägerländern werden gemeinsam zwei Stellen für das Monitoring der Flächen finanziert, die für die natürliche Waldentwicklung vorgesehen sind. Etwa 10 % der Waldfläche der Niedersächsischen Landesforsten sind als Waldentwicklungsfläche ausgewiesen, weil man genau wissen will, welche Entwicklung dort vor sich geht und welche Schlussfolgerungen man daraus für eine gute Naturenschutzstrategie im Wald ziehen kann.

Zwei weitere Stellen sollen für die forstliche Standortkartierung in Niedersachsen zur Verfügung gestellt werden. Diese Kartierungen sind für die forstliche Praxis, aber auch für die Forschung sehr wichtig. Die Erhebung solcher Basisdaten sollte auf jeden Fall von uns unterstützt werden.

Die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt arbeitet natürlich auch bei der Konzeption für die Wiederbewaldung des Harzes mit. Das Gebäude soll saniert bzw. neu gebaut werden.

Auch für die ländlichen Räume haben wir mit dem gemeinsamen Beschluss der Landesregierung einen Posten aus dem Infrastruktursondervermögen des Bundes reserviert. 200 Millionen Euro sollen in die ländlichen Räume gehen. Die Herausforderungen sind da groß, die Einwohnerzahlen sind zum Teil rückläufig, Menschen ziehen weg, der Fachkräftemangel stellt sich im ländlichen Raum besonders verschärft dar. Pflege, medizinische Versorgung, Handwerk stehen vor großen Herausforderungen. Wenn ich Bescheide für Dorfentwicklung etc. übergebe, sehe ich immer wieder, wie viele engagierte Menschen es wirklich gibt, denen es sehr am Herzen liegt, ihre Gemeinden, ihre Heimat voranzubringen, und die zielgenau Mittel beantragen. Wir wollen die Mittel für Basisdienstleistungen in der Grundversorgung nutzen, um Dorfläden, Jugendtreffs, Sportstätten, Dienstleistungen, Mobilität zu unterstützen. Wir haben über die ZILE-Richtlinie etablierte Verfahren und müssen uns von daher nichts Neues überlegen, sondern können relativ schnell diese Mittel einsetzen.

Das ist der eine Teil des Betrages von 200 Millionen Euro. Der andere Teil soll für den ländlichen Wegebau eingesetzt werden. Auch dieses Thema ist schon mit Entschließungsanträgen hier im Landtag begleitet worden. Unter anderem standen 10 Millionen Euro als Forderung im Raum. Allen Beteiligten ist klar, dass die Anforderungen angesichts des maroden Wegenetzes sehr viel größer sind. Wenn wir mit der Hälfte der 200 Millionen Euro kalkulieren, können wir wirklich vorankommen. Letztendlich geht es zum Teil um wichtige Erschließungswege. Ob es nun um Molkereifahrzeuge geht, die Betriebe nicht mehr anfahren können, um dort die Milch abzuholen, oder ob es darum geht, dass wegen abgängiger Brücken große Umwege in Kauf genommen werden müssen - die Herausforderungen sind immens. Wir wollen natürlich den landwirtschaftlichen Betrieben das Wirtschaften leichter machen. So etwas wird heutzutage mit ökologischen Maßnahmen wie Begrünung der Seitenräume und Förderung des Biotopverbundes verknüpft.

Wichtig ist auch zu schauen, welche Wege zum Beispiel als Schulwege oder für den Tourismus genutzt werden, der oft wirklich ein Türöffner für Menschen ist, wieder auf das Land zurückzuziehen. Wenn junge Leute mit ihren Partnern, die sie in der Stadt kennengelernt haben, das Radwegenetz nutzen, ihnen ihre Heimat zeigen und schmackhaft machen, dann ist das oft ein erster Impuls dafür, wieder aufs Land zurückzuziehen. Insofern ist es, finde ich, wirklich ganz wichtig, dass wir den ländlichen Wegebau voranbringen.

Nun zum Verbraucherschutz. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass die Veterinärbehörden seit Langem darauf gedrängt haben, stärker unterstützt zu werden. Dabei geht es nicht nur um den Veterinärbereich an sich, sondern auch um Lebensmittelsicherheit und Kontrolle vor Ort. Es gibt jetzt den Pakt für Kommunalinvestitionen, und 40 Millionen Euro werden vom Land bereitgestellt. 20 Millionen Euro davon sind in dem Haushaltsplanentwurf 2026 zu finden. Damit sind auch die Bedarfe für 2025 abgedeckt. 2027 und 2028 werden dann jeweils 10 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Die rechtlichen Details werden im Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetz geregelt. Die Änderungen dieses Gesetzes werden über das Haushaltsbegleitgesetz erfolgen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die an diesem schwierigen Prozess mitgewirkt haben. Es gab definitiv viele Akteure, viele Verhärtungen und seit Langem auch viel Frustration. Ich weiß, dass auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei uns im Haus sehr viele bilaterale Gespräche mit der kommunalen Ebene geführt worden sind, sodass dieser Beschluss vorbereitet werden konnte.

Der gesundheitliche Verbraucherschutz wird vor allem durch das LAVES sichergestellt. Die Arbeit, die dort geleistet wird, um Gesundheitsrisiken für Verbraucherinnen und Verbraucher minimal zu halten, ist von ganz zentraler Bedeutung. Wenn wir nichts hören, ist alles gut. Aber wenn mal ein Fall auftritt, in dem Lebensmittel kontaminiert sind, ist natürlich die Aufregung zu Recht groß. Dann sieht man, was an Kontrollen geleistet wird und welche Maßnahmen sehr schnell stattfinden können. Insofern freue ich mich sehr, dass für 2026 fünf Millionen Euro zusätzlich bzw. für neue Laborausstattung und verlässliche Technik bereitgestellt werden können. Das ist ganz wichtig, um zügig, schnell und verlässlich in höchster Qualität nach dem Stand der Technik zu arbeiten.

Nun noch zum Thema Tierschutz. Auch das ist eine Kernaufgabe unseres Ministeriums. Wir werden aus dem Investitionstopf, der bereitgestellt wird, 20 Millionen Euro nutzen, insbesondere um die energetische Sanierung von Tierheimen und Wildtierauffangstationen voranzubringen. Auch hier der Appell an Sie, gerne mit den Einrichtungen bei Ihnen vor Ort in den Austausch zu gehen und auf die hier bestehenden Möglichkeiten hinzuweisen. Bauliche Planungen brauchen immer einen gewissen Vorlauf. Bisher fördert das Land nicht dauerhaft Tierheime, weil das eine Aufgabe der Kommunen ist. Die Zuständigkeit für das Thema Fundtiere liegt bei den Gemeinden. Wenn wir vonseiten des Landes dazu beitragen können, dass die Fixkosten dauerhaft gesenkt werden können, indem Sanierungen unterstützt werden, dann ist das ein sehr wichtiger Schritt. Wenn ich Einrichtungen vor Ort besuche, bin ich oft erschüttert, in welchem baulichen Zustand sie sind. Mit viel Eigeninitiative wird zwar an den unterschiedlichen Stellen versucht, Abhilfe zu schaffen, aber oft handelt es sich um Provisorien. Ich glaube, es zeugt wirklich von Wertschätzung dem ehrenamtlichen Engagement gegenüber, das in diesem Bereich absolut ausgeprägt ist und das gesamte System stützt, hier ein Zeichen für Planungssicherheit und Zukunftsperspektiven zu setzen.

Das waren die wesentlichen Eckpunkte unseres Haushaltsplanentwurfs. Zur GAK hatte ich bereits einiges gesagt. Das ist immer eine Herausforderung. Dies gilt auch für die Planungen zum ELER. Die ELER-Mittel sind ein ganz wesentlicher Baustein bei der Unterstützung des ländlichen Raums und auch zum Beispiel im Zusammenspiel mit den AFP-Mitteln. Unter dem Strich besorgt mich allerdings die lange Perspektive, wenn ich in Richtung EU blicke, durchaus etwas. Sie alle haben mitbekommen, dass der Mittelfristige Finanzrahmen durch die EU-Kommission vorgestellt worden ist. Für mich ist unklar, wie es mit diesen Förderungen in der nächsten Förderperiode, also ab 2027, weitergehen wird.

Wir wollen die Mittel so gut wie möglich nutzen und haben die Möglichkeit genutzt, die AFP-Mittel um 2,2 Millionen Euro zu erhöhen.

Auf allen Ebenen, auch auf der Ebene des Bundes und der EU, tut sich wahnsinnig viel. Wir müssen reagieren und mit den Rahmenbedingungen arbeiten. Ich glaube, wir haben im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf das Maximale herausgeholt. Sicherlich gibt es an vielen Punkten noch Posten, bei denen es schön wäre, wenn noch mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Auch wenn jetzt viele Investitionsmittel in Aussicht gestellt werden, ist das Thema der laufenden Kosten oft noch nicht mit abgedeckt. Das ist ein Thema, das uns weiterhin begleiten wird.

Aber insgesamt glaube ich, dass wir einen guten Entwurf vorgelegt haben, der das Engagement der Menschen würdigt, das Wirtschaften ermöglicht und eine sehr gute Basis darstellt.

In der Begleitbroschüre haben wir dargestellt, dass im Ministerium ab 1. Januar 2026 eine Referatsgruppe zu einer Abteilung ausgebaut werden soll. Sie wird die Bezeichnung „Klimaangepasste Landwirtschaft, Jagd und Forst“ tragen. Ich habe lange darauf hingewirkt, weil ich den Eindruck hatte, dass das Ministerium, was die Ressourcen betrifft, nicht hinreichend ausgestattet war, um diese ganzen großen Transformationsaufgaben zu bewältigen. Zunächst haben wir eine Referatsgruppe gegründet und uns auch für zusätzliche Stellen - punktuell, dort, wo es Einflussmöglichkeiten gibt -, eingesetzt. Ich glaube, dass wir damit jetzt auch im Vergleich mit den anderen Ministerien sehr gut aufgestellt sind.

Aussprache zum Haushaltsplanentwurf

Abg. **Karin Logemann** (SPD): Ganz herzlichen Dank an Ministerin Staudte für die Vorstellung des Haushaltes. Sie haben gesagt. Wir haben einige Baustellen abgeräumt. Das ist in der Tat erfolgreich passiert. Als Beispiel haben Sie das Schulobstprogramm, das Thema „Transparenz schaffen“ und die Verbraucherzentrale genannt. In den letzten Jahren ist wirklich einiges bewegt worden, wodurch wir jetzt Sicherheit haben. Wir haben uns früher häufig von Jahr zu Jahr gehandelt und geguckt, wie wir mit diesen guten und wichtigen Bausteinen im Haushalt umgehen. Das ist jetzt wirklich sicher abgebildet.

Das gilt auch für das Diversifizierungsprogramm, bei dem es darum geht, Landwirtinnen und Landwirten, die umstellungswillig sind, die etwas anderes probieren möchten, die Möglichkeit zu eröffnen, entsprechend tätig zu werden. Das ist meines Erachtens ein ganz wichtiger Baustein.

Wir haben mit den 40 Millionen Euro zur Unterstützung der kommunalen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden - ein Thema, das uns seit vielen, vielen Jahren bewegt und das Sie, wie man fairerweise sagen muss, geerbt haben - einen großen Schritt geschafft. Mittlerweile hatte die Eskalation ein Level erreicht, angesichts dessen es wirklich nicht mehr weiterging. Von daher herzlichen Dank! Es war eine Riesenkraftanstrengung, diese 40 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Ich bin sehr dankbar, dass das gelungen ist.

Natürlich blicke ich mit großer Erwartung auf die 320 Millionen Euro, die vom Bund kommen sollen. Als ich gelesen habe, an welche Schwerpunkte gedacht war, habe ich mich sehr gefreut, als ich die Worte „ländlicher Wegebau“ gelesen habe. Wir alle miteinander haben in den letzten Jahren dieses Thema immer wieder diskutiert. Wir haben uns immer wieder gefragt, wie wir helfen können, ob wir irgendwelche Projekte anstoßen können, wohl wissend, dass jeder Kilometer exorbitant teuer ist. Vor dem Hintergrund bin ich sehr dankbar und froh, dass das Ministerium dies zu einem Schwerpunkt machen will. Es wird auch darum gehen - Sie haben das bereits gesagt, Frau Ministerin -, zu versuchen, Synergien zu heben, sodass gemeinsam mit den Kommunen vielleicht noch mehr Strecke mit diesem Geld geschafft werden kann, als dies allein möglich wäre. Ich bin wirklich sehr dankbar, dass wir hier jetzt weiter vorankommen. Wir alle kennen kaputte ländliche Wege, wir kennen Brücken, die gesperrt sind und die von landwirtschaftlichen Fahrzeugen nicht mehr genutzt werden können.

Vertreterinnen und Vertreter von Tierheimen sind immer wieder bei uns vorstellig geworden. Und ich schaue mal zu Marco Mohrmann. Wir sind immer auf den Mitgliederversammlungen des Tierschutzverbandes. Jedes Mal kriegen wir ins Stammbuch geschrieben: Ihr müsst uns unterstützen. Wir schaffen es nicht mehr. Auch die Wildtierauffangstationen erfüllen wichtige Funktionen. Für sie Mittel zur Verfügung zu stellen, bedeutet für mich das richtige Setzen von Prioritäten bei der Verwendung dieser Mittel.

Wassermanagement - darüber brauchen wir uns sicherlich nicht länger zu unterhalten - ist das Gebot der Stunde. Wenn wir morgen noch vernünftig produzieren wollen, müssen wir heute schauen, wie wir das Thema Wassermanagement angehen. Auch hier handelt es sich meines Erachtens um eine richtige Schwerpunktsetzung, für die ich sehr dankbar bin.

Sehr dankbar bin ich auch, dass hinsichtlich der Mittel für die Lebensmittelsicherheit, für das LAVES, für Kontrollmöglichkeiten und vor allem für Laborgeräte, die wirklich überaltert sind, endlich einmal Butter bei die Fische gegeben wird. Wenn irgendwo etwas geschieht, wird schnell gefordert, dass die Kontrollen verbessert werden müssten, dass dieses oder jenes schneller oder besser gestaltet werden müsste. Wenn aber nicht die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, kann dies nicht gutgehen. Deswegen halte ich es für eine absolut richtige Investition, für diesen Bereich 5 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Unsere Wälder haben wichtige Funktionen für uns alle und insbesondere auch Schutzfunktionen. Vor diesem Hintergrund kann gar nicht genug Geld in die Waldschutzmaßnahmen fließen. Auch dafür sage ich ganz herzlichen Dank. Das eine wirkt immer auch bei dem anderen. Wenn wir an der einen Ecke etwas unterlassen, was wichtig ist, holt uns das an der anderen Ecke wieder ein. Deshalb gefällt mir auch der vorgesehene Mix.

Die Erhöhung der AFP-Mittel ist absolut wichtig. Es geht darum, unsere landwirtschaftlichen Betriebe in die Situation zu versetzen, investieren zu können.

Dass es zu Einsparungen kommen muss, die an der einen oder anderen Stelle wehtun können, haben Sie erwähnt. Auf den ML-Haushalt entfällt eine Konsolidierungsverpflichtung in Höhe von etwa 4 Millionen Euro. 2 Millionen Euro davon sollen über zusätzliche Einnahmen kompensiert werden. Damit bleiben noch etwa 2 Millionen Euro. Wir haben uns selbstverständlich angesehen, welche Maßnahmen Sie hierfür vorgesehen haben. Sie haben gesagt, dass Sie versucht haben, die Haushaltsansätze entsprechend der tatsächlich zu erwartenden Ausgaben darzustellen. Es nützt uns allen nichts, wenn großzügig Haushaltsmittel ausgewiesen werden, wir aber schon seit Jahren sehen, dass die Mittel nicht abfließen. Eine strenge Haushaltsanalyse vorzunehmen, finde ich richtig. Denn solches Geld fehlt uns an anderer Stelle. Sie wissen, welche Mittel in den Vorjahren abgeflossen sind, und Sie wissen auch um die vor uns liegenden Maßnahmen und Aufgaben. Von daher bin ich absolut bei Ihnen, wenn Sie mehr Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit fordern.

Die GAK-Mittel sind eine never ending story. Mir gefällt, dass wir die Möglichkeit haben, gegenseitige Deckungsfähigkeiten herzustellen, sodass wir hier über ein recht flexibles Instrument verfügen. Wir müssen einfach mal schauen, wie sich die Dinge weiterentwickeln, auch was den Umbau der Tierhaltung anbelangt. Das wird eine große Aufgabe sein.

Insgesamt haben Sie vor dem Hintergrund all der Herausforderungen, vor denen wir stehen, einen gelungenen Haushalt vorgelegt. Ich freue mich über die finanziellen Mittel, die zusätzlich kommen werden und uns in die Situation versetzen, Themen wie etwa den Wegebau angehen zu können.

Abg. **Katharina Jensen** (CDU): Vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie persönlich den Haushalt vorgestellt haben. Was den Bereich des Verbraucherschutzes betrifft, möchte ich mit etwas Positivem beginnen. Dabei geht es um den Betrag von 40 Millionen Euro, die für die Veterinärämter vorgesehen sind. Das ist etwas, wofür auch die CDU immer stark eingetreten ist und womit auch einer Forderung des NLT, der sich intensiv geäußert hat, nachgekommen wird.

Zum Thema LAVES ist meine Vorrednerin schon auf den Aufwuchs in Höhe von 5 Millionen Euro im investiven Bereich für den Erwerb von Geräten eingegangen. Im Bereich des LAVES ist ein Stellenaufwuchs für die Intensivierung von Messungen nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz zu verzeichnen. Vier Vollzeitstellen sind da verortet. Vielleicht können Sie an passender Stelle erklären, worum genau es bei diesen Stellen geht.

Zur Marketinggesellschaft. Wir alle kennen sie zum Beispiel wegen der Grünen Woche. Das ist wirklich eine wichtige Veranstaltung für Niedersachsen und den Verbraucherschutz. Wir freuen uns, dass wieder ein Vertrag geschlossen wurde und künftig mehr Gelder zur Verfügung stehen. Allerdings sind die Kompetenzen der Marketinggesellschaft - ich will das mal „Kompetenz“ nennen - etwas ausgeweitet worden. Unter anderem geht es darum, eine Kommunikationsstrategie für ein Biosiegel zu entwickeln. Das haben wir sowohl im Landwirtschaftsausschuss als auch im Unterausschuss schon besprochen. Zum Thema Biosiegel haben wir kontroverse Diskussionen geführt. Wir werden die weitere Entwicklung in diesem Bereich aus CDU-Sicht natürlich verfolgen.

Abg. **Pascal Leddin** (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Ministerin, für die Einbringung des Haushaltes und danke auch an das Ministerium, das hier durch so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vertreten ist.

Frau Jensen, aus meiner Sicht ergibt es durchaus Sinn, dass man ein Biosiegel, wenn es entwickelt worden ist, bewerben muss. Das ist logisch. Deswegen finde ich es gut, dass dies in den Aufgabenbereich der Marketinggesellschaft aufgenommen wird.

Ich werde jetzt nicht grundsätzlich auf den gesamten Haushalt eingehen, sondern schließe mich diesbezüglich den Ausführungen von Frau Logemann an.

Allerdings möchte ich zwei Punkte, die mir besonders wichtig sind, hervorheben. Dabei geht es zum einen um die Veterinärämter. Dass jetzt 40 Millionen Euro für die Unterstützung der kommunalen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden verankert sind, ist ein ganz starkes Zeichen. Es geht um einen jahrelangen Streit, der endlich beigelegt wurde. Die Kolleginnen und Kollegen in den Veterinärämtern leisten wirklich eine sehr gute Arbeit. Wenn einmal eine Tierseuche auftritt und sozusagen die Hütte brennt, sind sie immer zur Stelle. Dass jetzt 40 Millionen Euro bereitgestellt werden, halte ich für ein gutes und starkes Zeichen.

Zum anderen geht es um eine klimaangepasste Landwirtschaft. Der Agrarausschuss war im Rahmen einer parlamentarischen Informationsreise in Spanien, und „klimaangepasste Landwirtschaft“ war dort eines unserer Hauptthemen. Man sieht in Spanien, was passiert, wenn der Regen ausbleibt. Dann kommt man in ganz große Probleme. In diesem Zusammenhang reden wir nicht mehr von Ertragsmaximierung, sondern von Ertragssicherung. Dass in den Fokus gestellt wird, dass Niedersachsen Agrarland bleiben wird, finde ich sehr wichtig. Deswegen finde ich, dass der Betrag von 100 Millionen Euro dort sehr gut angelegt ist.

Insgesamt finde ich den Haushalt wie auch die Überschrift „Sicher in Zeiten des Wandels“ sehr gut. Diese Überschrift trifft es ziemlich gut. Uns liegt ein Haushaltsplanentwurf vor, der keine Schaufensterprojekte enthält, sondern die Probleme bzw. die nötige Transformation, um die Probleme zu überwinden, angeht. Das ist ein sehr starkes Zeichen in die Landwirtschaft, dass wir sie bei der Bewältigung dieser Aufgaben unterstützen werden.

Ministerin **Staudte** (ML): Vielen Dank für die Statements und insbesondere für die Unterstützung unserer Schwerpunktsetzungen. Das zeigt, dass das Ministerium mit dem, was erarbeitet wird, die richtige Richtung einschlägt.

Was die Unterstützung der kommunalen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden betrifft, haben die Dinge so gut geklappt, weil alle - unabhängig davon, ob es die Oppositions- oder die Regierungsfractionen waren - an einem Strang gezogen haben.

Bei der Intensivierung der Messungen nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz geht es um ein Thema, das uns schon die letzten Jahre begleitet hat. Der Bund stellt Mittel für zusätzliche Stellen für den Strahlenschutz bereit. Auf den ersten Blick mag man sich fragen, wozu das gut ist. Pilze nach Tschernobyl spielen zumindest bei uns keine allzu große Rolle mehr. Dem Bund geht es aber auch um die aktuell schwierige Sicherheitslage. Niemand weiß, ob es zum Beispiel in Saporischschja nicht doch irgendwann einen Anschlag gibt, der dann Auswirkungen auch auf uns hat, wobei dann über Messungen verifiziert werden muss, was geschehen ist und welche Gefahren bestehen. Es geht also um eine Vorsorgemaßnahme des Bundes, die bei uns im Land umgesetzt und flankiert wird.

MR'in **Heepe-Horstmann** (ML): Rechtsgrundlage ist das Strahlenschutzvorsorgegesetz des Bundes. In Niedersachsen gibt es vier Messstellen, an denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

des LAVES, die diese Untersuchungen vornehmen, ansässig sind. Der Bund finanziert das, und das Land setzt dies um. Der Bund erstattet die Personal- und die Sachkosten.

Ministerin **Staudte** (ML): Wir hoffen, dass das Personal nicht zum Einsatz kommt. Aber solche Strukturen nicht vorzuhalten, wäre ein Problem.

Zur Marketinggesellschaft. Wir haben einen neuen, über vier Jahre laufenden Dienstleistungsvertrag geschlossen und zudem eine Steigerung der Unterstützung um 23 % vorgesehen, was wirklich eine Hausnummer ist. Die Marketinggesellschaft zeigt auf den großen Messen, auf der Grünen Woche, der Biofach, der BioNord und der ANUGA, Präsenz für Niedersachsen. Nun hat die Marketinggesellschaft auch den Zuschlag für die Projektförderung im Bereich der Vermarktung von Ökoprodukten erhalten. Ich glaube, hier wird sich ein gutes Zusammenspiel ergeben.

Unser Ansatz beim Biosiegel basiert nicht auf: regional *oder* bio. - Vielmehr führen wir mit dem niedersächsischen Biosiegel beides zusammen. Wir können Bioprodukte ausloben, die hier produziert worden sind. Ich halte das gerade vor dem Hintergrund für wichtig, dass wir merken, dass auf der einen Seite zwar die Nachfrage nach Bioprodukten steigt, die Bioprodukte im Discounterbereich auf der anderen Seite aber von sonst woher stammen. Die Regionalität sichtbar zu machen, wie dies auch in anderen Bundesländern geschieht, finde ich wichtig. Ich glaube, dass die Marketinggesellschaft die höchste Kompetenz hat, dieses Siegel bekanntzumachen.

Im Rahmen des „Niedersächsischen Weges“ sind Ausbauziele für den Ökolandbau vorgesehen worden, die bekanntermaßen nicht erreicht worden sind. Zwar haben wir entgegen dem Bundestrend ein leichtes Wachstum sowohl hinsichtlich der Zahl der Betriebe als auch bezüglich der Fläche zu verzeichnen, aber wir müssen die Dinge nun durch unterschiedlichste Maßnahmen flankieren und Rahmenbedingungen schaffen, die - vielleicht mit Zeitverzögerung - ein Wachstum ermöglichen. 2027 werden in Niedersachsen auch die Öko-Feldtage durchgeführt.

In der öffentlichen Wahrnehmung spielt es zwar kaum eine Rolle, allerdings ist auch wichtig, dass wir in diesem Jahr die LÖK-Geschäftsstelle übernommen haben. Zwischen allen Bundesländern gibt es eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe, in der Absprachen zu Begrifflichkeiten, die vielleicht unscharf sind und auf Landesebene definiert werden müssen, getroffen werden. Nennen möchte ich in diesem Zusammenhang das sogenannte Weidepapier und das Papier, in dem gesagt wird, dass, als Umsetzung der EU-Vorgaben, Junggeflügel im Biobereich ab dem ersten Tag Auslauf haben muss. Dieses Papier ist noch in der Zeit der alten LÖK-Geschäftsstelle erarbeitet worden und macht jetzt erhebliche Probleme. Ich bin froh, dass dies nun bei uns liegt und wir von daher etwas mehr Einfluss auf das haben, was die LÖK macht. Die Aufgabe ist schwierig. Die Vorgaben auf EU-Ebene müssen überarbeitet werden, und es ist eine Herausforderung, wie man damit umgeht.

Die Unterstützung der kommunalen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden ist ein wichtiges Signal in Richtung der Lebensmittelkontrolleurinnen und -kontrolleure. In Gesprächen mit der berufsständischen Vertretung ist mir gesagt worden, dass die Kontrolleurinnen und Kontrolleure in den Kommunen eigentlich höher eingruppiert werden müssten, weil sie sehr hohe Eingangsvoraussetzungen erfüllen müssen. Ich meine, es muss eine Meisterausbildung im Lebensmittelbereich sein, um als Kontrolleurin oder Kontrolleur arbeiten zu können, wobei man dann aber weniger verdient als vorher als Meisterin oder Meister. Hier besteht eine Unwucht. Ich glaube zwar nicht, dass dieses Thema im Rahmen der 40 Millionen Euro von den Kommunen

angegangen wird. Deutlich wird aber, dass dieser wichtige Bereich finanziell unterstützt werden muss.

Im Zusammenhang mit dem Thema klimaangepasste Landwirtschaft möchte ich auch auf die Vernässung von Mooren eingehen, die als Klimaschutzmaßnahme eine Rolle spielt. Wir setzen die Arbeit des Koordinierungszentrums Moor fort. Im vergangenen Jahr hat die Eröffnungsveranstaltung beim ArL in Oldenburg stattgefunden. Die Mitarbeitenden haben ihre Arbeit aufgenommen und befinden sich in einem sehr guten Austausch. Mich freut, dass wir über die Bundesförderung drei Stellen für Moormanager zu 90 % zur Verfügung gestellt bekommen. Es ist immer wieder spannend, wann auf Bundesebene Richtlinien verabschiedet werden. Wir warten schon sehr lange auf die Palu-Richtlinie, bei der es um das Wirtschaften auf vernässten Böden geht. Wenn das alles mal spruchreif ist, werden sich in Niedersachsen alle, die es betrifft, in den Startlöchern befinden, um diese Mittel zu verausgaben. Ich möchte hier meinen Dank gegenüber den Regionen aussprechen, in denen es zahlreiche Moorböden gibt und die sehr engagiert sind. Ich war kürzlich auf einer Veranstaltung in Diepholz. Es geht weniger um Überzeugungsarbeit, sondern dort spielt vielmehr Planungssicherheit eine große Rolle.

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU): Herzlichen Dank für die Einbringung des Haushaltes. Auch ich möchte mit einem positiven Aspekt beginnen. Auch wir halten es für sehr gut, dass der ländliche Wegebau in den Mittelpunkt gerückt wird, so denn die entsprechenden Beschlüsse auf Bundesebene getroffen werden.

Ansonsten möchte ich aber deutlich zu Protokoll geben, dass es bei diesem Haushalt und auch bei Ihren Ausführungen um die großen Leitlinien geht, Sie aus unserer Sicht aber manches Mal das Konkrete vermissen lassen.

Auf Nachfrage haben Sie nun ein wenig zum Biolandbau Stellung genommen. Ich hatte mich ein wenig gewundert, dass der Biolandbau in Ihren Ausführungen zur Vorstellung des Haushaltsplanentwurfs keine Rolle gespielt hatte. Das Wachstum des Biolandbaus ist in Niedersachsen unterdurchschnittlich. Wir haben heute schon einiges zum Biosiegel gehört. Ich nehme sehr wohl zur Kenntnis, dass in der Branche kein besonders großer Wert auf ein solches Siegel gelegt wird. Was die Akzeptanz betrifft, machen etwa in Baden-Württemberg gerade mal 200 Landwirte mit. Von daher interessiert mich, welche strategische Ausrichtung Sie verfolgen, damit Niedersachsen am Wachstum des Bio-Marktes teilnehmen kann.

Das Gleiche gilt bezüglich der Frage, was an konkreten Maßnahmen tatsächlich bei den Landwirten ankommt. Die Ackerbaustrategie wird eingestampft. Wir haben hinlänglich über die Tierhaltung gesprochen. Mich interessiert, konkreter zu erfahren, wie niedersächsische Tierhalter und insbesondere Schweinehalter anhand des Haushalts und anhand der Arbeit des ML erkennen können, dass sie erwünscht sind und dass man sich dessen bewusst ist, dass Tierhaltung in diesem Land gebraucht wird.

Sie haben darauf hingewiesen, dass bislang 78 Betriebe das BuT in Anspruch genommen haben. Immerhin gibt es in Niedersachsen 3 700 Schweinehalter. In Anspruch genommen wurde das Programm also gerade mal von etwa 2 % der Betriebe.

Die Frage, ob Niedersachsen bereit ist, in das Thema Ringelschwanzprämien einzusteigen, haben Sie noch nicht beantwortet. Im vergangenen Jahr sind über die politische Liste 950 000 Euro für das Thema Tierwohl bereitgestellt worden. Diese Mittel werden nicht verstetigt.

Aus der Sicht der praktischen Landwirtschaft interessiert mich auch, wie mit der Frage umgegangen wird, inwieweit Zahlungen wie etwa Erschwernisausgleiche, auch im Nachgang zum seinerzeitigen API, tatsächlich in der Landwirtschaft landen. Auch wenn hier eine Querverbindung zum Umweltministerium besteht, sollte auch im ML einmal darüber gesprochen werden, dass die Mittel aus dem „Niedersächsischen Weg“ nur unzureichend bei den Landwirten ankommen.

Im Zusammenhang mit Erschwernisausgleichen und den Dingen, die die Natur nun einmal so mit sich bringt, würden mich einmal ganz grundsätzliche Strategien zu der Frage interessieren, wie Landwirte in den Küstenregionen damit umgehen sollen, dass ihre Flächen sozusagen in Gänsechwärmen untergehen und dort nicht mehr vernünftig produziert werden kann.

Damit komme ich zu dem Thema invasive Arten. Ich habe feststellen müssen, dass der Ansatz von 150 000 Euro für Fallenmelder nicht verlängert wird. Mit Blick auf die Biodiversität haben wir ein großes Problem mit invasiven Arten. Von daher würde es mich freuen, wenn Sie hierzu Näheres ausführen könnten.

Ministerin **Staudte** (ML): Das Thema Bio ist kontinuierlich ein Schwerpunkt meiner Arbeit. Ich würde nicht sagen, dass die Zuwachsraten unterdurchschnittlich sind. Vielmehr haben wir es bezüglich der Ausgangslage mit einem sehr niedrigen Niveau zu tun. Entgegen dem Bundestrend haben wir Betriebe und Fläche hinzugewonnen. Aber das kann uns noch nicht zufriedenstellen.

Mich besorgt in der Tat, dass wir zwar einen Zuwachs der Zahl der Betriebe zu verzeichnen haben, dass es sich dabei aber um einen Zuwachs im Saldo handelt. Es gibt etliche Biobetriebe, die keine Hofnachfolge gefunden haben. Das Thema Hofnachfolge ist mit Blick sowohl auf Biobetriebe als auch auf konventionell wirtschaftende Betriebe eines der großen politischen Themen, die stärker begleitet werden müssen. Wir werden in Kürze eine Existenzgründungsförderung auf den Weg bringen. Die Mittel hierfür waren über die politische Liste zur Verfügung gestellt worden. Aber es handelt sich um ein sehr komplexes Thema. Ich überlege auch, inwieweit die NLG, die Niedersächsische Landgesellschaft, genutzt werden kann, um hofsuchende und hofabgebende Menschen zusammenzubringen. Ich glaube, so etwas ist eigentlich auch Aufgabe einer Siedlungsgesellschaft.

Was die strategischen Aspekte im Zusammenhang mit Bio trifft, so liegt der Schwerpunkt auf Außerhausverpflegung. Wir können und wollen niemandem vorschreiben, wie viel Bio er oder sie zu Hause im Kühlschrank hat. Aber es muss ein gutes Angebot geben, und die Menschen entscheiden dann selber. Wir merken jedoch, dass das Angebot an Biolebensmitteln in der Außerhausverpflegung niedriger ist, als die Nachfrage eigentlich vermuten lässt. Was nicht angeboten wird, wird nicht konsumiert. Das Niedersächsische Biosiegel entwickeln wir gemeinsam mit Hamburg und Bremen als interessanten Absatzmärkten. Damit haben wir ein regionales Biosiegel, und es besteht die Möglichkeit, bei der Außerhausverpflegung einzufordern, dass ein bestimmter Prozentsatz mit dem niedersächsischen Biokennzeichen ausgezeichnet ist. Die Außerhausverpflegung ist die große Stellschraube, um einen dauerhaften und sicheren Absatz zu gewährleisten. Das versuchen wir auch mit anderen Maßnahmen zu fördern. Hier geht es zum Beispiel um Schulungen für Küchen- und Kantinenpersonal. Auch bei dem Thema „Mensen zu Lernorten“ werden solche Aspekte sicherlich eine Rolle spielen.

Der „Niedersächsische Weg“ ist für die gesamte Landesregierung auch weiterhin ein wichtiges Instrument. Wir haben es geschafft, dass die Auszahlungen für die Gewässerrandstreifen fließen - differenziert nach Ackerland und Grünland und Gewässern erster, zweiter und dritter Ordnung.

Es gibt sechs verschiedene Fördersätze zwischen 649 Euro und 784 Euro pro Hektar. Nageln Sie mich aber bitte nicht auf die konkreten Beträge fest. Das ist ein erster wichtiger Schritt gewesen.

Ein zweiter wichtiger Schritt betrifft den Erschwernisausgleich für die flächendeckenden Maßnahmen. Die Zuständigkeit hierfür liegt im Umweltministerium. Aber Umweltminister Christian Meyer und ich haben in Absprache gesagt: „Wir müssen das Verfahren verkürzen. Wir geben es nach Überarbeitung nicht noch mal zur Notifizierung nach Brüssel. Die EU hat das alles schon einmal abgenickt. Es geht nur noch um redaktionelle Änderungen.“, sodass wir zügig zur Auszahlung kommen. In den letzten Jahren haben sich erhebliche Beträge angesammelt. Glücklicherweise werden die Beträge rückwirkend ausgezahlt. Von daher ist nichts verloren. Aber natürlich ist auch die Liquidität immer ein Thema auf den Betrieben. Wenn Mittel versprochen sind, müssen sie auch fließen. Ich bin zuversichtlich, dass das in Bälde läuft.

Im Übrigen wird an den Ausbauzielen des „Niedersächsischen Weges“ festgehalten. Wir haben die Biodiversitätsberatung dadurch, dass im letzten Jahr entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt wurden, bis Ende 2026 verlängern können. Aber wir brauchen natürlich perspektivisch eine langfristige finanzielle Absicherung.

Was das Gänsethema angeht, so wird infolge eines Gerichtsurteils im Sinne der Grünlandbewirtschaftung vor Ort stärker gearbeitet.

Was invasive Tierarten betrifft - Stichwort Bisam - freue ich mich auf die Jagdgesetznovelle, weil mit ihr nicht nur ermöglicht werden soll, dass die Bisamfängerinnen und -fänger sowie die Bisamjägerinnen und -jäger Bismen erlegen dürfen, sondern auch Jägerinnen und Jäger, denen ein solches Tier vor die Flinte läuft. Die Dinge werden also einfacher gemacht, und hoffentlich wird dies dazu beitragen, dass wir die Probleme bei der Hochwassersicherheit besser in den Griff bekommen.

Dass es sich bei der Förderung der Fallenmelder um eine einmalige Maßnahme handelt, war von Anfang an klar. Ich glaube, dass bei Lebendfallen in den allermeisten Fällen schon digitale Fallenmelder eingesetzt werden. Von daher ging es um ein Angebot an diejenigen, nachzurüsten, die das bislang nicht auf die Reihe bekommen haben. Ich glaube aber nicht, dass wir hierfür eine dauerhafte Förderung brauchen. Im Übrigen ist natürlich auch nicht auszuschließen, dass mit einer solchen Förderung lediglich die Preise hochgetrieben werden. Von daher finde ich in diesem Zusammenhang den Ansatz einer punktuellen Förderung gut.

Mit unserem Engagement im Bereich der ASP tun wir kontinuierlich etwas für mehr Planungssicherheit. Wir versuchen zumindest, auf diejenigen auf europäischer Ebene und auf Bundesebene einzuwirken, die Verantwortung tragen. Ende September führen wir eine ASP-Übung mit den Wirtschaftsbeteiligten durch, um den Ernstfall zu proben. Dabei geht es allerdings nicht um die Seuchenbekämpfung, sondern um die Vermarktung des Fleisches gesunder Tiere. Das ist das große Damoklesschwert, das über der Branche hängt und sowohl Banken als auch Betriebe in der Frage, ob und wie investiert werden soll, verunsichert. Ich halte dies für eine ganz entscheidende Stellschraube.

Es liegt ein Entwurf für den Abschuss von Wildschweinen vor. Allerdings soll hier nicht sozusagen nach dem Gießkannenprinzip verfahren werden. Vielmehr geht es darum, in den Fällen, in denen es zu einem Ausbruch kommt, in den betroffenen Landkreisen ad hoc unterstützen zu können.

Das frühere Modell, nach dem nicht mehr verfahren wird, wurde vom Landesrechnungshof kritisiert, der darauf hingewiesen hat, dass sich faktisch kein Effekt ergeben hat.

Bei dem Betrag von 950 000 Euro für Tierwohl-Maßnahmen ging es auch um einen einmaligen Betrag, der über die politische Liste, die von den Fraktionen dankenswerterweise eingebracht worden ist, zur Verfügung gestellt worden ist. Die Mittel werden zu einem Großteil in Echem beim Landwirtschaftlichen Bildungszentrum verbaut. Gerade im Bereich der konventionellen Schweinehaltung, die dort gelehrt wird, hat sich ein Investitionsstau ergeben. Nun geht es darum, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass im Bildungszentrum auf dem Stand der Technik gelehrt werden kann. Ziel muss es sein, jungen Menschen beizubringen, wie auch in konventioneller Haltung auf das Kupieren der Schwänze verzichtet werden kann. Unter diesem Gesichtspunkt wird dort investiert. Ich bin sehr dankbar, dass diese Mittel bereitgestellt werden.

MDgt **Dr. Baumgarte** (ML): Wir mussten die ASP-Übung verschieben, weil wir sie, was uns sehr wichtig ist, mit den Wirtschaftsbeteiligten durchführen. Es geht um den Absatz. Wenn hier im Land die Afrikanische Schweinepest auftritt, werden unsere Produkte in irgendeiner Form auf dem Markt an die Verbraucherinnen und Verbraucher abgeben. Deswegen ist es uns wichtig, dass beispielsweise auch der Lebensmitteleinzelhandel teilnimmt. Die Übung findet in der 45. Kalenderwoche, vom 3. bis 6. November 2025, mit einigen kommunalen Veterinärbehörden, dem LAVES und benachbarten Bundesländern statt.

Abg. **Alfred Dannenberg** (AfD): Vielen Dank auch von mir für die Vorstellung des Haushalts. Meine Fraktion hat mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die besagten 40 Millionen Euro, die den Veterinärämtern fehlen, im bevorstehenden Jahr und den folgenden Jahren zur Verfügung gestellt werden sollen.

Auch ich finde es gut, dass Geld für den Wegebau bereitgestellt werden soll. Als das Thema aufploppte, dachte ich: Das wird doch gar nicht anzugehen sein. Bei der Summe, die jetzt kommt, geht es erst einmal um 1,5 % des Bedarfs, wie ich den Unterlagen entnommen habe. Aber das ist zumindest ein Anfang.

Sehr erfreulich ist, dass so viel Geld vom Bund und von der EU kommt, das außerhalb des Einzelplans 09 fließt. Für die Belange des ländlichen Raums ist das sicherlich eine feine Sache.

Es sind Begriffe wie Klimakrise und Transformation gefallen. Meine Fraktion hat hierauf grundsätzlich einen kritischen Blick. Aber sei es drum. Auch die Moorvernässung, die angesprochen worden ist, sehen wir grundsätzlich sehr kritisch. Mich interessiert, welche Aufgaben die drei Moormanager wahrnehmen sollen, für die 226 000 Euro vorgesehen sind. Vielleicht kann das aber auch in der Einzelberatung beantwortet werden.

Wir müssen uns wirklich Gedanken - darauf ist von allen drei Fraktionen und auch von der Ministerin schon eingegangen worden - über das Wassermanagement machen. Ich sehe mit Freude, dass Geld für entsprechende Untersuchungen und für Vorplanungen eingestellt worden ist. Das ist auf jeden Fall eine gute Sache.

Abg. **Christian Schroeder** (GRÜNE): Ich möchte eine Lanze für den gesamten Bereich der Ernährung und der Ernährungsbildung sowie der Gemeinschaftsverpflegung brechen, zumal wir diese Themen schon im vergangenen Jahr auf der Tagesordnung hatten. Wir haben im letzten Jahr einige finanzielle Mittel für diesen Bereich über die politische Liste für das laufende Jahr eingestellt, wovon wir auch im kommenden Jahr noch profitieren werden. Das ist besonders wichtig

auch vor dem Hintergrund, dass geschaut wird, dass das Biosiegel an den Markt kommt, dass wir die Marketinggesellschaft hiermit beauftragt haben und in den nächsten Jahren auch mehr Geld für die Marketinggesellschaft bereitsteht. Nichts von dem, was wir machen, können wir „verkaufen“, wenn wir es nicht vermarkten können. Dafür haben wir die Marketinggesellschaft. Sie macht das gut, und am Ende werden wir auch einen Unterschied bemerken. Wer sich für ein Biosiegel einsetzt, muss es propagieren und an den Mann und die Frau bringen.

Die Entwicklung im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung wird, wie wir in Dänemark eindrucksvoll gesehen haben, nur vernünftig mit der Entwicklung des Biobereichs und der Steigerung der Nachfrage einhergehen können, wenn entsprechende Ausschreibungskriterien zugrunde gelegt werden können. Hierfür wäre das Biosiegel eine Möglichkeit. Ich glaube, dass ein Bündel an Maßnahmen - über die politische Liste sind im letzten Jahr auch Mittel für die Vernetzungsstellen zur Verfügung gestellt worden - und das Zusammenspiel wichtig sind. Ich würde gar nicht allzu sehr auf die Summen schauen, die vielleicht an der einen oder anderen Stelle mehr zur Verfügung gestellt werden könnten. Denn am Ende müssen wir sehen, dass wir über die nächsten Jahre eine Lösung finden und es den Betroffenen vor Ort bzw. den Kommunen ermöglichen, vernünftige Ausschreibungen zu formulieren, die rechtssicher sind.

Ministerin **Staudte** (ML): Das ist auf jeden Fall ein ganz wichtiges Anliegen. Ich bin gespannt, wie es weitergeht. Im Bereich „Mensen zu Lernorten“ haben wir sehr viele Bewerbungen bekommen. Die Ernährungsbildung wird sich mit den Erkenntnissen, die wir gewinnen, hoffentlich zu einem dauerhaften Posten im Haushalt weiterentwickeln.

Zu den Anmerkungen von Herrn Dannenberg. Was den ländlichen Wegebau betrifft, so ist in den Informationen zur parlamentarischen Beratung die Rede von etwa 1,5 % des notwendigen Umfangs. Dabei ist man von einem geschätzten Erneuerungsbedarf von 1 850 km ausgegangen. Es kommt auch darauf an, auf welche Art Wege ausgebaut werden. Es gibt unterschiedliche Anforderungen, die natürlich auch mit unterschiedlichen Kosten verbunden sind. Ich war auf 360 km gekommen, die mit den von uns vorgesehenen Mitteln möglich wären. Das ist, wie ich finde, durchaus ein ganz erklecklicher Umfang. Man muss sich bewusst machen, dass die Dinge geplant werden müssen und dass Firmen gefunden werden müssen, die die Maßnahmen umsetzen. 100 % zu erreichen, wäre ohnehin utopisch. Auf jeden Fall ist aber ein wichtiger Einstieg möglich. Sozusagen aus der Fläche heraus muss kommuniziert werden, wo der größte Bedarf besteht und wo angefangen werden muss. Ich glaube, dass das ein sehr guter Einstieg ist.

Frau **Gröger-Timmen** (ML): Wir haben die Moormanager zur Unterstützung im Rahmen der Flurbereinigung in Abstimmung mit dem Umweltministerium beantragt. Zukünftig werden noch diverse Moormanager tätig sein. Einige Landkreise haben bereits Moormanager beantragt. Der NLWKN wird welche beantragen.

Wir haben uns abgesprochen, auf welchen Ebenen die Moormanager tätig sein sollen. Sie werden zu 90 % vom Bund finanziert. Wir müssen 10 % gegenfinanzieren. Ich wollte die in Rede stehenden drei Moormanager gern für die drei Ämter für regionale Landesentwicklung einsetzen, die von der Moorthematik betroffen sind. Sie sollen aber überregional und auf der Metaebene arbeiten. Es geht darum, möglichst viele Foren Landentwicklung durchzuführen, bei denen man bezüglich der Nutzungskonflikte mit Moorbezug die Träger aus den Regionen zusammenbringt und Möglichkeiten diskutiert sowie Optionen aufzeigt. Außerdem geht es um eine Vermittlung an die Stellen, die unterstützen können, was die AMK-Richtlinien angeht, und auch um den Flurbereinigungsbereich. Landesweit machen das nur drei Leute. Wir brauchen aber

sozusagen mehr Fläche, um das Thema überall zu platzieren und um Optionen zu bieten, auf der Metaebene zu arbeiten.

Ministerin **Staudte** (ML): Ich gehe davon aus, dass die Moormanager bei den Ämtern für regionale Landesentwicklung richtig angesiedelt sind. Dort sitzt auch die Flurbereinigung. Das wird ein ganz entscheidender Faktor bei den Themen Flächentausch, Interessenausgleich usw. sein. Perspektivisch wird man die Flurbereinigung sicherlich auch noch mal stärken müssen. Aber ich glaube, für den Einstieg und bis wir wissen, welche Richtlinie für uns greift, fahren wir damit ganz gut.

Frau **Gröger-Timmen** (ML): Die Beschäftigung der Moormanager ist bis 2032 befristet, wenn wir sie denn bekommen. Bislang haben wir noch keine Zusage vom Bund, dass wir sie antragsgemäß bekommen.

Abg. **Dirk Toepffer** (CDU): Frau Ministerin, ich habe eine Frage, die eigentlich nicht in die Haushaltsplanberatungen gehört. Sie haben diese Frage aber provoziert, indem Sie die Frage des Kollegen Mohrmann mit einem Hinweis auf die Jagdgesetznovelle beantwortet haben. Nachdem wir im Januar das Eckpunktepapier zur Kenntnis bekommen haben und mittlerweile neun Monate vergangen sind, frage ich Sie: Wann kommt denn die Jagdgesetznovelle? Stehen in der zuständigen Referatsgruppe möglicherweise nicht genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung, die sich diesem Thema widmen? Ich weiß, dass viele keine Jagdgesetznovelle möchten. Ich persönlich bin der Meinung, dass durchaus ein paar kluge Dinge in dem Eckpunktepapier gestanden haben.

Ministerin **Staudte** (ML): Zunächst einmal vielen Dank für das Lob „kluge Dinge“. Die Jagdgesetznovelle wird absolut in Bälde kommen. Es kann sich nur noch um Tage handeln.

Einzelberatung

Der Ausschuss liest die Einzelpläne 09 und 10. - Eine Aussprache ergibt sich zu folgenden Haushaltspositionen:

Kapitel 0902 - Allgemeine Bewilligungen - EU-Förderungsmaßnahmen und Tierseuchenbekämpfung

Titel 271 12 - Einnahmen aus der Nichteinhaltung anderweitiger Verpflichtungen bei EU-Beihilfen (Konditionalitäts-Kürzungen)

Abg. **Alfred Dannenberg** (AfD) weist darauf hin, dass an dieser Stelle ein Plus von 348 000 Euro vorgesehen sei. Begründet werde dies mit zunehmenden Wiederholungsverstößen durch Landwirte.

RD'in **Heepe-Horstmann** (ML) erläutert auf eine Frage des Abgeordneten, im laufenden Jahr sei bereits ein Ist von 1,558 Millionen Euro zu verzeichnen. Dies liege deutlich über dem für 2026 geplanten Ansatz. Über die Erläuterungen im Haushaltsplanentwurf hinausgehende inhaltliche Details werde das Ministerium nachliefern.

Kapitel 0903 -Allgemeine Bewilligungen - Erzeugung, Vermarktung, Ernährung, Forst und Jagd*Titel 686 24 - Ackerbaustrategie*

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU) erkundigt sich nach der für das Ackerbauzentrum vorgesehenen weiteren Entwicklung.

RD'in **Heepe-Horstmann** (ML) legt dar, an dieser Stelle gehe es um die Projektförderung für das Ackerbauzentrum. Da Projektförderungen immer befristet seien, laufe diese Förderung Mitte nächsten Jahres aus. Weitere Haushaltsmittel habe das ML für diesen Bereich nicht bekommen. Von daher müsse nun intern überlegt werden, wie es weitergehen solle. Konkrete Auskünfte seien ihr hierzu noch nicht möglich.

*Titel 686 25 - Förderung von Existenzgründungen**Titel 892 14 - Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls*

Auf eine Frage des Abg. **Alfred Dannenberg** (AfD) erläutert RD'in **Heepe-Horstmann** (ML), bei dem Ansatz bei Titel 982 14 gehe es um Mittel für das Landwirtschaftliche Bildungszentrum in Echem.

Die bei Titel 686 25 veranschlagten Mittel, so die Ministerialvertreterin auf eine Frage des Abg. Dannenberg, seien über die politische Liste zur Verfügung gestellt worden.

Abg. **Alfred Dannenberg** (AfD) erkundigt sich danach, ob die Förderung weiterlaufe, die Mittel aber aus einem anderen Topf bereitgestellt würden. - RD'in **Heepe-Horstmann** (ML) entgegnet, in beiden Fällen handele es sich um einmalige Beträge, die über die politische Liste für 2025 zur Verfügung gestellt worden seien. Die Förderung werde nicht mit Landesmitteln fortgesetzt.

*TGr 61 - Förderung von Maßnahmen des ökologischen Landbaus**Titel 686 61 - Zuschüsse für Maßnahmen des ökologischen Landbaus*

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU) merkt an, mit Erstaunen habe er zur Kenntnis genommen, dass die Förderung des Deutschen Instituts für Lebensmitteltechnik zulasten der Zuschüsse für Maßnahmen des ökologischen Landbaus gehe. Der Abgeordnete wirft die Frage auf, ob es hier irgendwelche inhaltlichen Zusammenhänge gebe.

Außerdem erkundigt er sich danach, ob es ein dauerhaftes Konzept für das DIL gebe.

RD'in **Heepe-Horstmann** (ML) antwortet, soweit ihr bekannt sei, gebe es ein dauerhaftes Konzept. Die Finanzierung werde aber erst einmal nur im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 gesichert, da noch nicht bekannt sei, ob die Dinge beim DIL so liefen, wie man sich das vorstelle.

Ein inhaltlicher Zusammenhang bestehe nicht. Das Ministerium habe bei seinen Planungen auf den Titel für Maßnahmen des ökologischen Landbaus abgestellt, da es ihm gerechtfertigt erschienen sei, den Ansatz zu kürzen. Mittel für den Ökolandbau stünden auch noch aus dem Wirtschaftsförderfonds - Ökologischer Bereich - aus dem ehemaligen Maßnahmenpaket Stadt.Land.Zukunft zur Verfügung.

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU) wirft im Zusammenhang mit der Förderung des ökologischen Landbaus die Frage auf, ob es bei der institutionellen Förderung des Kompetenzzentrums Ökolandbau Niedersachsen bleibe.

RD'in **Heepe-Horstmann** (ML) entgegnet, die Mittel stünden zur Verfügung. Alles Weitere ergäben die anstehenden Gespräche.

TGr 83 - Förderung des Absatzes land- und ernährungswirtschaftlicher Erzeugnisse

Titel 547 83 - Beratungs- und Organisationsdienstleistungen im Bereich Agrarmarketing

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU) bezeichnet den vorgesehenen Mittelaufwuchs als erfreulich und erkundigt sich danach, ob es für die Wahrnehmung der Beratungs- und Organisationsdienstleistungen neben der Marketinggesellschaft noch weitere Interessenten gegeben habe.

Frau **Eickemeier** (ML) legt dar, dass eine europaweite Ausschreibung stattgefunden habe, die das Logistikzentrum Niedersachsen durchgeführt habe. Insgesamt hätten sich zwei Bewerber an dem Ausschreibungsverfahren beteiligt.

TGr 84 - Förderungen im Bereich Ernährung, Hauswirtschaft, Landfrauen

Titel 684 84 - Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) merkt an, den „Daten und Informationen für die parlamentarische Beratung“ zufolge hätten ausschließlich für 2025 2,6 Millionen Euro für den Schwerpunkt „Ernährungsbildung“ zur Verfügung gestanden. Die Abgeordnete erkundigt sich danach, welche sozialen Einrichtungen Mittel erhalten hätten und was in diesem Zusammenhang „Ernährungsbildung“ bedeute.

RR **Kühling** (ML) legt dar, bei dem Betrag von 2,6 Millionen Euro, der über die politische Liste zur Verfügung gestellt worden sei, gehe es um insgesamt sechs neue Projekte. Wegen der Einzelheiten wird auf die Erläuterungen auf Seite 78 des Einzelplans 09 verwiesen.

TGr. 92 bis 96 - Zuschüsse zur Förderung der Forst- und Holzwirtschaft sowie der privaten Waldbesitzer

Titel 686 94 - Förderung der forstfachlichen Betreuung im Privatwald

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU) kommt darauf zu sprechen, dass den Ausführungen der Ministerin zufolge eine Förderung über die GAK effizienter und sinnvoller sei. Der Abgeordnete erkundigt sich danach, warum nicht schon früher in diesem Bereich GAK-Mittel eingesetzt worden seien.

MR **Degenhardt** (ML) erläutert, die Richtlinie zur Förderung der forstlichen Zusammenschlüsse laufe aus, und 2027 werde eine neue Richtlinie aufgelegt. Das Ministerium befinde sich bereits in Abstimmungen mit dem Waldbesitzerverband und den verschiedenen Betreuungsorganisationen bezüglich der künftigen Maßnahmen. Vor dem Hintergrund dieser Gespräche plane das

ML, neue Fördertatbestände einzuführen, sodass dann aus der Sicht des ML die forstfachliche Beratung und Betreuung ersetzt werden könne.

Kapitel 0904 -Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes - (GemAgrG)

Titel 231 11 - Zuweisungen des Bundes für laufende Zwecke Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Titel 331 11 - Zuweisungen des Bundes für Investitionen Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU) wirft die Frage auf, ob die durch den Bund avisierten Erhöhungen der GAK-Mittel hier noch keinen Niederschlag fänden.

RD'in **Heepe-Horstmann** (ML) legt dar, zugrunde gelegt worden sei der Haushaltsplanentwurf des Bundes, soweit dieser dem Land bekannt gewesen sei. Der Umstand, dass es gegebenenfalls zusätzliche Mittel geben werde, sei hier nicht berücksichtigt.

Bekannt sei dem Land, dass 1 Million Euro zusätzlich für Waldumbau und Wiederaufforstung zur Verfügung gestellt würden. Die Veranschlagung solle über die technische Liste erfolgen.

Titel 683 11 - Zuschüsse für die Maßnahme Erschwernisausgleich Pflanzenschutz

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU) erkundigt sich danach, warum das Geld nicht in dem erwarteten Umfang abfließe.

RD'in **Heepe-Horstmann** (ML) antwortet, soweit ihr bekannt sei, sei es zu Anfang sehr schwer gewesen einzuschätzen, in welchem Umfang wohl Mittel beantragt würden.

Herr **Dr. Reinsdorf** (ML) ergänzt, zunächst sei in der Tat auf eine Prognose abgestellt worden. Mittlerweile habe sich herausgestellt, dass die Mittel nicht in dem erwarteten Maße abfließen, weshalb der Ansatz angepasst werden solle. Die Gründe für den geringeren Mittelabfluss müssten recherchiert werden. Die Informationen könnten dann dem Ausschuss nachgeliefert werden.

TGr 61 - Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) weist darauf hin, dass bei dieser Titelgruppe eine Erhöhung der Ansätze um insgesamt fast 11,5 Millionen Euro vorgesehen sei. Sie erkundigt sich danach, welche Maßnahmen konkret unter „Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung“ fielen.

Bei dieser Titelgruppe, so RD'in **Heepe-Horstmann** (ML), gehe es um die sogenannte ZILE-Richtlinie, die Ministerin Staudte bei der Vorstellung des Einzelplans 09 im Zusammenhang mit den Basisdienstleistungen der Grundversorgung erwähnt habe.

Herr **Isensee** (ML) ergänzt, unter „ZILE - integrierte ländliche Entwicklung“ würden viele Maßnahmen zusammengefasst. Dies reiche von der Flurbereinigung bis zur Dorfentwicklung, zu Basisdienstleistungen der Grundversorgung sowie zu Kleinstunternehmen der Grundversorgung.

TGr. 82/83 - Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit und Robustheit landwirtschaftlicher Nutztiere und zur Erhaltung tiergenetischer Ressourcen in der Landwirtschaft

Titel 686 83 - Zuschüsse für Maßnahmen zur Erhaltung tiergenetischer Ressourcen in der Landwirtschaft

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU) erkundigt sich danach, warum der Ansatz auf 1,5 Millionen Euro verdreifacht werden solle.

MR **Daseking** (ML) legt dar, der ursprüngliche Ansatz von 510 000 Euro habe bei Weitem nicht ausgereicht, da die Nachfrage erheblich gestiegen sei. Innerhalb des Jahres habe der Betrag mit Mitteln aus anderen Kapiteln aufgestockt werden können. Für die Zukunft solle der Ansatz deutlich angehoben werden, weil zum einen der Bund die Fördersätze pro Großvieheinheit deutlich heraufgesetzt habe und zum anderen die Nachfrage weiter gestiegen sei und weitere bedrohte Rassen in die Liste aufgenommen worden seien.

Kapitel 0910 - Ämter für regionale Landesentwicklung - Landentwicklung

Titel 538 10 - Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)

Abg. **Dr. Marco Mohrmann** (CDU) merkt an, ein Teilnehmer an einer Veranstaltung zum Agrarstrukturverbesserungsgesetz in Göttingen habe ihm berichtet, dass der Abg. Leddin gesagt habe, dass Grundgerüst und Rückgrat der Einführung des Agrarstrukturgesetzes und damit Voraussetzung hierfür die IT-Unterstützung sei. Vor diesem Hintergrund sei er interessiert zu erfahren, so der Abgeordnete, warum der Ansatz hier um 100 000 Euro auf 0 Euro gekürzt werden solle.

RD'in **Heepe-Horstmann** (ML) antwortet, dass hier lediglich eine Verschiebung des Ansatzes in das nächste Jahr vorgesehen sei. Ausgebracht gewesen seien jeweils eine Verpflichtungsermächtigung über 500 000 Euro für den Haushalt 2025 und für den Haushalt 2026. Die Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2025 werde nicht in Anspruch genommen, weil die Dinge leider nicht so schnell vorangingen, wie man sich das ursprünglich vorgestellt habe.

*

Eine Aussprache zur **Mittelfristigen Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029** ergibt sich nicht.

Der **Ausschuss** und der Unterausschuss schließen die Mitberatung ohne Änderungsempfehlungen für den - federführenden Ausschuss - für Haushalt und Finanzen ab.
